

Auszüge aus:

Spanien: Aufruf zu den Protestdemonstrationen vom 7. Okt.

„Der Haushaltsentwurf wird uns noch tiefer in die Krise stürzen und die Arbeitslosigkeit weiter erhöhen. Er zieht ausschließlich Kürzungen bei Investitionen in Betracht, opfert alle ökonomischen Wachstumsanreize zur Schaffung von Beschäftigung und verzichtet auf eine Politik, die die Steuereinnahmen erhöhen könnte; er wird die explosive Lage in der spanischen Gesellschaft noch verschärfen. Heute wissen wir, dass wir nur mit Austerität nicht aus der Krise kommen. Wir fordern die Reaktivierung der Wirtschaft und Schaffung von Beschäftigung, besonders für die Jugend. Wir fordern die Vereinbarkeit der Krisenbekämpfung mit der Aufrechterhaltung des Systems des sozialen Schutzes und des Wohlfahrtsstaates. Das Haushaltsdefizit kann mit Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen bekämpft werden. Die Regierung will aber nur Sozialkürzungen, weil sie die Eliten nicht belasten will, denen sie zu Diensten ist...“

Italien: Aufruf der Linksgewerkschaft CGIL zur nationalen Demonstration am 20.10.

„Arbeit an erster Stelle! Italien befindet sich in der schwersten Krise: Seine Industrie wie auch sein öffentlicher Dienst sind in einem drastischen Schrumpfungsprozess begriffen. Die Beschäftigung sinkt, es wächst die Arbeitslosigkeit, der Sozialstaat zieht sich zurück, Unternehmen schließen oder gehen ins Ausland. Aber es gibt auch Unternehmen, die in Investitionen investiert haben und erfolgreich auf dem internationalen Markt operieren. Das beweist, dass das Land eine Industriepolitik braucht, die auf technologische Innovation setzt, um international zu bestehen, auch unter Einsatz öffentlicher Investitionen. Die CGIL fordert deshalb: Eine Industriepolitik, die auf eine innovative Zukunft des industriellen wie des öffentlichen Sektors ausgerichtet ist. Die Fortschreibung des aktuellen Systems der sozialen Unterstützungsleistungen; ein spezielles Programm gegen Jugendlichen- und Frauenarbeitslosigkeit; eine Entlastung der Kommunen...“

Deutschland: Aufruf zum Aktionstag „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“

„Die Finanznot der öffentlichen Haushalte trifft uns alle. Seit Jahren werden die öffentlichen Kassen ausgetrocknet. Erst durch üppige Steuergeschenke an Reiche und Konzerne, zuletzt durch riesige Rettungspakte für Banken und gegen die andauernde Finanzkrise. Dies untergräbt den politischen Gestaltungsspielraum unserer Demokratie und unseres Sozialstaats. Dabei ist eigentlich mehr als genug Geld da. Den Schulden der öffentlichen Hand stehen gigantische private Vermögen gegenüber. Für die Folgen der Finanzkrise sollen in ganz Europa die Menschen mit Lohn- und Sozialkürzungen bezahlen. Die Spekulanten an den Finanzmärkten hingegen lässt man bewähren. Ungeniert treiben sie ganze Staaten mit ihren Wucherzinsen weiter in die Schuldenfalle. Auf der Strecke bleibt die Demokratie, wenn nur der Rotstift regiert und es für die Politik fast nichts mehr zu gestalten gibt. Zugleich wächst in Deutschland die Kluft zwischen Arm und Reich rasant. Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist ernsthaft bedroht. Die gigantischen Vermögen, die selbst in Krisenzeiten weiter wachsen, werden kaum oder gar nicht besteuert. Jetzt müssen endlich auch die großen Vermögen an den Kosten der Krise beteiligt werden: Mit einer einmaligen Vermögensabgabe, die einen substanziellen Teil der großen Vermögen zugunsten des Gemeinwesens umverteilt, um dauerhaft bedeutende Finanzmittel für die öffentlichen Aufgaben aufzubringen und der sozialen Ungleichheit unserer Gesellschaft entgegenzuwirken und eine verbesserte und sozial gerechte Finanzierung des Sozialstaats zu sichern. Die Politik in Deutschland muss endlich handeln...“